

# Nur 18 Minuten?

**Worum geht es beim Streik  
im öffentlichen Dienst wirklich?**

"Nichts ist schwerer und  
nichts erfordert mehr Charakter  
als sich im offenen Gegensatz  
zu seiner Zeit zu befinden  
und....."

"Laut zu sagen NEIN" (Tucholsky)

# Inhalt

- 1. Einführung**
- 2. Geht es wirklich nur um 18 Minuten?**
- 3. Ist eine Arbeitszeitverlängerung gerecht?**
- 4. Was bringt eine Arbeitszeitverlängerung?**
- 5. Die öffentlichen Kassen sind doch leer?**
- 6. Der „Staat“ beansprucht immer mehr?**
- 7. Der Streik richtet sich gegen die Bürger?**
- 8. Die kurze Arbeitszeit ist schuld daran, wenn noch mehr privatisiert wird?**
- 9. Zusammenfassung**

## Einführung

Stefan Gläser (Geschäftsführer des Städtetags Baden-Württemberg) äußert in der Pforzheimer Zeitung vom 08.02.2006, eine Anhebung der Wochenarbeitszeit sei auf Grund der finanziellen Schieflage vieler Kommunen unvermeidlich. Blicke es bei der 38,5-Stunden-Woche müssten viele Kommunen weiter Personal einsparen und öffentliche Dienstleistungen einschränken. So könnten viele Städte beispielsweise die bisherigen Öffnungszeiten in Rathäusern, Schwimmbädern oder Bibliotheken nicht mehr beibehalten.

„Zu behaupten, die Arbeitsverlängerung habe rein gar nichts mit Arbeitsplatzabbau zu tun, ist Volksverdummung. In Wahrheit ist das Sinn der Übung - und grundsätzlich ja auch zu Recht. Der überschuldete Staat muß Personal abbauen. Das ist bedauerlich, aber nicht zu ändern.“ Tom Levine im Kommentar der Welt vom 12.02.2006

## Einführung

Der Mannheimer OB Gerhard Widder führt in der FAZ vom 07.03.2006 aus, die kommunalen Arbeitgeber hätten in der Vergangenheit Personal reduzieren müssen, das habe zu einem Stellenabbau, wenn auch nicht zu Entlassungen geführt. "Diese Situation hat es mit sich gebracht, daß wir nun Dienstleistungen reduzieren müssen, deshalb müssen wir überlegen, ob wir das Maß von Leistungseinschränkungen abmildern können,,

Hartmut Möllring (Finanzminister Niedersachsen) sagt in der FAZ vom 02.03.2006, die öffentlichen Kassen seien leer. „Deshalb müssen wir kostengünstig den öffentlichen Dienst betreiben, und deshalb können wir nicht unter die 40 Stunden nicht gehen.“

Bsirske wehrte sich in der FAZ vom 13.02.2006 gegen den Vorwurf der Länder, es gehe lediglich um 18 Minuten Mehrarbeit pro Tag: „Aufs Jahr gesehen sind das zwei zusätzliche Arbeitswochen ohne einen Cent Lohn“. Außerdem wollten die Länder das Weihnachtsgeld kürzen, teilweise sogar ganz streichen.

## Einführung

„Die Kommunen ... vertreten den Standpunkt, daß wir in Zeiten leerer Kassen jede Gelegenheit nutzen müssen, Geld einzusparen. Der Konsolidierungszwang besteht unabhängig von der Frage einer Arbeitszeitverlängerung. Die strukturellen Defizite der Gemeinden summieren sich deutschlandweit auf 3,4 Mrd. Euro. Einsparungen sind zum Wohl der Bürger das Gebot der Stunde. Mit einer Arbeitszeitverlängerung verhindern wir, daß das Leistungsangebot für die Bürger schrumpft.“ Thomas Böhle (Präsident der VKA) in der Welt vom 13.02.2006

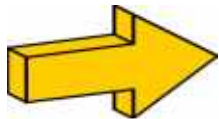
Welt vom 14.03.2006: Ärzte an Unikliniken stimmen für Streik  
Berlin - Bei den rund 22 000 Ärzten an Unikliniken und Landeskrankenhäusern stehen die Zeichen auf Streik. Erste Hochrechnungen zu den seit Montag laufenden Urabstimmungen zeigten eine überwältigende Mehrheit für einen unbefristeten Ausstand, sagte der Sprecher der Ärztegewerkschaft Marburger Bund, Athanasios Drougias, in Berlin.

## Geht es wirklich nur um 18 Minuten?

18 Minuten am Tag – 90 Minuten in der Woche – 6,6 Std. im Monat – 1,75 Arbeitswochen im Jahr

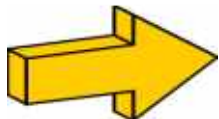
18 Minuten Mehrarbeitszeit bedeuten eine Lohnkürzung von 4 Prozent

Darüber hinaus wollen die Länder Weihnachts- und Urlaubsgeld streichen bzw. kürzen, das entspricht einer weiteren Kürzung von gut 6 Prozent



Es geht also in Wahrheit um 10 Prozent **Lohnraub**

Es geht aber noch um mehr, nämlich um **Arbeitsplätze**:



Durch die 40-Stunden-Woche sind im öffentlichen Dienst bis zu **250.000 Stellen** gefährdet (ver.di)

## Ist eine Arbeitszeitverlängerung gerecht?

Immer wenn's passt (und nur dann), wird in der öffentlichen Diskussion wieder die Gerechtigkeit entdeckt:

Behauptet wird: „Die Beamten arbeiten doch auch 41/42 Wochenstunden, da ist es doch nur gerecht, wenn auch die Arbeitszeit der Angestellten und Arbeiter verlängert wird. Und die Beschäftigten im Osten arbeiten ebenfalls schon 40 Stunden.“

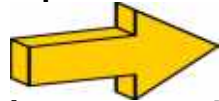
Tatsache ist: **Zuerst wurde den Beamten von den Arbeitgebern einseitig diese längere Arbeitszeit aufgezwungen!**

Und die „Anpassung Ost“ könnte natürlich auch durch eine Absenkung der Arbeitszeiten dort erfolgen. Ist etwa nur die Anpassung auf das niedrigere Niveau gerecht?

Andere müssen auch länger arbeiten? Stimmt. In der Druck-, der Metall- und der Elektroindustrie wird aber mit 35 Std. noch kürzer gearbeitet.

## Was bringt eine Arbeitszeitverlängerung?

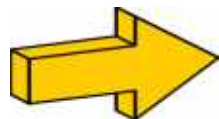
In der Europäischen Union betrug im Jahre 2002 die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller Voll- und Teilzeitbeschäftigten 36,1 Stunden, die Arbeitslosenquote 8 Prozent. In den Niederlanden waren es 30,1 Stunden und 3,2 Prozent, in Deutschland 35,2 Stunden und 8,2 Prozent, in Spanien 38,6 Stunden und 13 Prozent.



**Arbeitszeitverlängerung schafft keine Arbeitsplätze!**

Im europäischen und internationalen Vergleich ist die deutsche Wirtschaft äußerst wettbewerbsfähig. Das beweisen Exportüberschüsse und Lohnstückkosten. Selbst die Financial Times Deutschland schreibt, das Problem der deutschen Wirtschaft sei nicht mangelnde Wettbewerbsfähigkeit.

Wenn mehr Stunden auf weniger Köpfe verteilt werden, kann kostengünstiger produziert und auf Arbeitskräfte verzichtet werden, der Gewinn steigt. Gesamtwirtschaftlich aber sinkt die Binnennachfrage, weil weitere Beschäftigte arbeitslos werden.

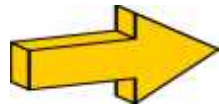


**Längere Arbeitszeit ohne Lohnausgleich vernichtet Arbeitsplätze**



## Was bringt eine Arbeitszeitverlängerung?

Eine OECD-Untersuchung hat gezeigt, dass gerade in den Volkswirtschaften mit den kürzesten Arbeitszeiten besonders hohe Produktivitätszuwächse beobachtet werden. Egal, ob nun das eine das andere bedingt oder umgekehrt:



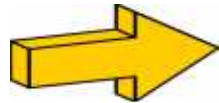
**Arbeitszeitverkürzung und hohe Produktivität gehören zusammen!**

**Längere Arbeitszeiten sind frauen- und familienfeindlich.** Je länger die Regelarbeitszeiten sind, desto schwerer fällt es vor allem Frauen, Erwerbs- und Familienarbeit zu vereinbaren.

Durch eine längere Arbeitszeit werden die Menschen schneller krank und früher ein Fall für die Rente. Damit schädigt Arbeitszeitverlängerung langfristig sowohl die Kranken- wie die Rentenversicherung. Durch weniger Arbeitsplätze wird auch die Arbeitslosenversicherung geschädigt. Es wird also die gesamte Sozialversicherung geschädigt und so weiter destabilisiert – und das ausgerechnet von der öffentlichen Hand!

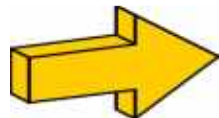
## Was bringt eine Arbeitszeitverlängerung?

In Deutschland ging seit 1991 das Arbeitsvolumen (in der Volkswirtschaft geleistete Arbeitsstunden) bis 2004 um 9,1 % zurück (Quelle: IAB 2006)



**Längere Arbeitszeit bei sinkendem Arbeitsvolumen sorgt zwangsläufig für mehr Arbeitslose.**

Die tarifvertragliche Wochenarbeitszeit öffentlich Bediensteter ist in Deutschland mit 38,5 Std. ohnehin schon höher als im EU-Durchschnitt (38,0 Std.). Längere Arbeitszeiten haben nur Tschechien, Polen, Ungarn, Litauen, Luxemburg (alle 40), Schweden (39,5) und Irland (39).



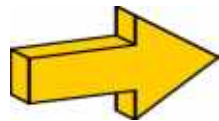
**Längere Arbeitszeiten sind ein deutscher Sonderweg, der nicht zu rechtfertigen ist.**

**Längere Arbeitszeit bringt nur kurzfristige Vorteile, langfristig betrachtet überwiegen die Nachteile bei weitem. Dieser volkswirtschaftliche Crash-Kurs muss gestoppt werden!**

## Die öffentlichen Kassen sind doch leer?

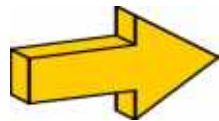
Dieses Klagelied ist nichts Neues und wurde bisher bei jeder Tarifrunde im öD von den Arbeitgebern angestimmt.. Doch sind hierfür die Beschäftigten des öD verantwortlich?

Verantwortlich ist eine Steuerpolitik, die sich durch Steuergeschenke an Reiche, große Unternehmen und Begünstigung der Steuerflucht auszeichnet. So hat sich die Einnahmesituation der öffentlichen Hände systematisch verschlechtert. Diese Steuerpolitik ist von der Politik verursacht. Warum sollen die Beschäftigten hierfür in die Haftung genommen werden?



**Es sollten besser die Ursachen erodierender Steuereinnahmen bekämpft werden.**

**STOPP Steuerflucht, Solidarische Einfachsteuer (SES), Erhebung internationaler Steuern sind das Gebot zur Stunde zur Bekämpfung der Finanzmisere in den öffentlichen Haushalten. Entsprechende Vorschläge liegen bereits seit längerem auf dem Tisch.**

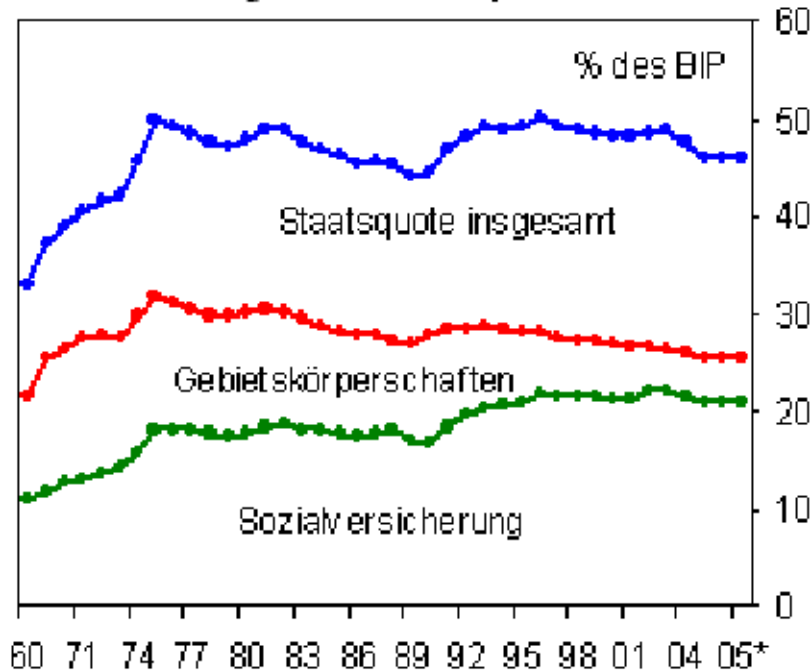


**Finanzknappheit ist kein Naturgesetz!**

## „Der Staat“ beansprucht immer mehr?

Diese Behauptung wird immer wieder wiederholt. Sie wird deshalb nicht wahr:

Entwicklung der Staatsquote



\*vorläufige Werte

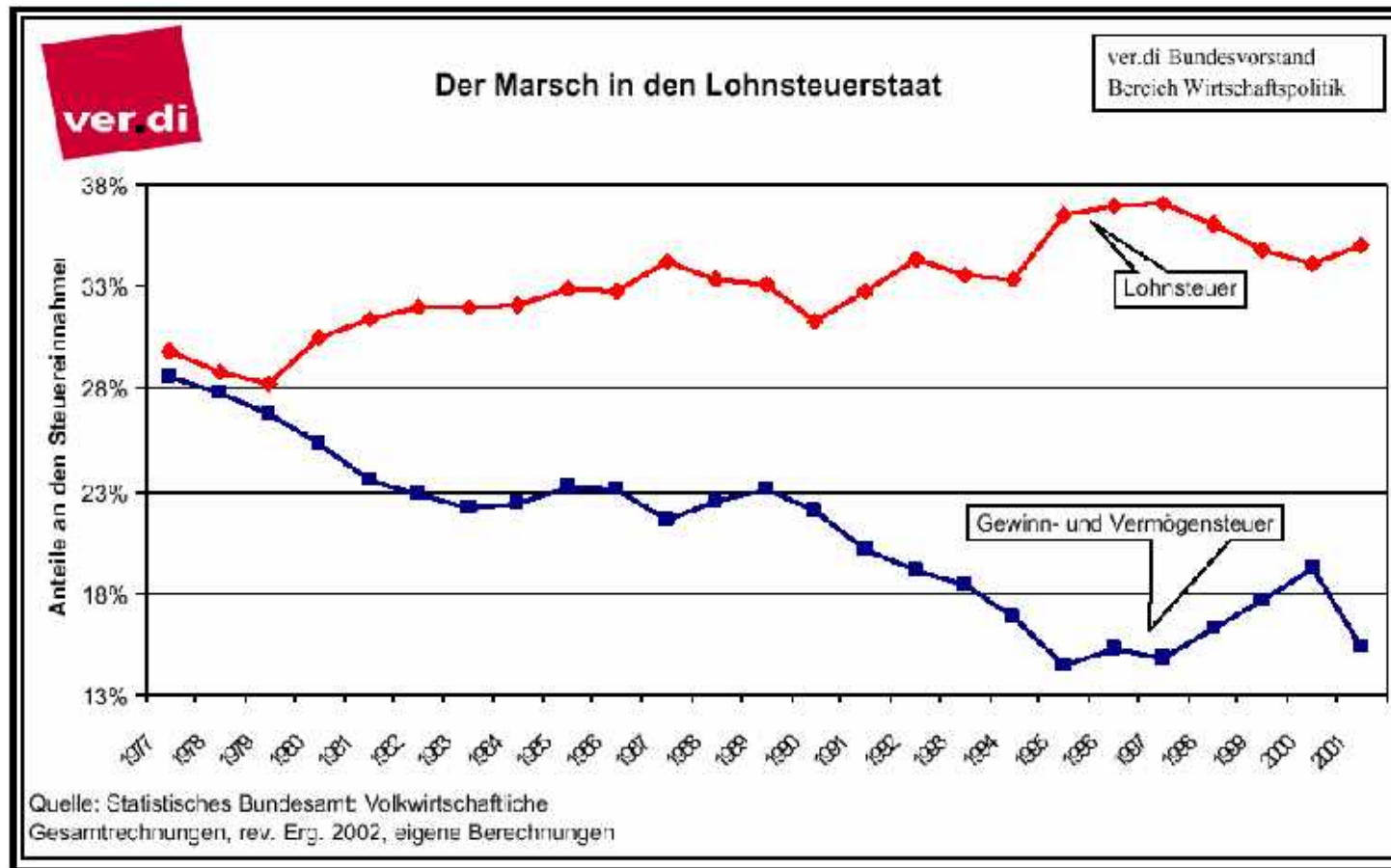
Quelle: <http://www.dbresearch.de/servlet/reweb2.ReWEB?rwkey=u1149359>

**Richtig ist, dass die gesamte Staatsquote von 1960 bis Mitte der 70iger-Jahre deutlich angestiegen ist.**

**Seither ist aber die Staatsquote weitgehend konstant, die Steuerquote ist sogar rückläufig.**

**Diese Stimmungsmache ist aber nicht zuletzt deshalb so erfolgreich, weil die Steuer- und Abgabenlast immer höherem Maße von Normal- und Geringverdienern getragen werden muss – und dies bei ständig sinkender Lohnquote.**

# „Der Staat“ beansprucht immer mehr?



... von uns, von den Reichen und Vermögenden dafür immer weniger

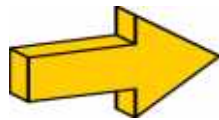
## Der Streik richtet sich gegen die Bürger?

Natürlich werden öffentliche Leistungen vor allem für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erbracht, deshalb haben vor allem auch diese unter einem Streik zu leiden. **ABER:**

1. Es muss das selbstverständliche Recht auch öffentlich Bediensteter sein, bei Tarifkonflikten auch streiken zu dürfen.
2. Die Arbeitszeitverlängerung schadet allen mehr als sie nützt. Ein erfolgreicher Streik kommt somit auch allen BürgerInnen zugute.
3. Der Streik wurde durch das versuchte Tarifiediktat der öffentlichen Arbeitgeber regelrecht provoziert. Dann genau von dieser Seite zu argumentieren, der Streik treffe vor allem die BürgerInnen, erinnert doch sehr an „Haltet den Dieb!“.
4. Nicht zuletzt ist zu befürchten, dass bei einer Arbeitszeitverlängerung im öD dann die Arbeitgeber in anderen Branchen erst recht auf der Matte stehen und versuchen, dies auch bei sich durchzusetzen. Die ver.di-KollegInnen streiken also auch für uns alle.

## Die kurze Arbeitszeit ist schuld daran, wenn noch mehr privatisiert wird?

Privatisiert wurde von der öffentlichen Hand schon lange bevor überhaupt von längerer Arbeitszeit die Rede war. Ursache der Privatisierung ist vor allem die oftmals schlechte Haushaltssituation, und da sind wir wieder bei den erodierenden Steuereinnahmen.



**Schuld an der Privatisierung ist eine Politik, die nach dem Motto verfährt, dass denen, die schon viel haben, noch mehr gegeben wird, und die Zeche hierfür diejenigen bezahlen müssen, die wenig haben.**

**Genau dies ist es, die von attac kritisierte neoliberale Globalisierung auszeichnet. Genau diese Politik muss bekämpft werden, egal mit welchem parteipolitischen Etikett sie uns auch verkauft wird.**

## Zusammenfassung

**Die verlangte Arbeitszeitverlängerung ist volkswirtschaftlich ein Crashkurs der öffentlichen Arbeitgeber.**

**Während Arbeitszeitverlängerung bereits bei privaten Arbeitgebern eine soziale Verantwortungslosigkeit ist, kann dies bei den öffentlichen Arbeitgebern nur als skandalöser Missbrauch ihres demokratischen Mandats bezeichnet werden. Mit Sicherheit gehört es nicht zu den Aufgaben gewählter Politiker, eine Gesellschaftspolitik zu verfolgen, die versucht, die Arbeitnehmer um jeden Preis in die Knie zu zwingen und die direkt zurück ins 19. Jahrhundert führt. Auch als Arbeitgeber bleibt die Verpflichtung der Spitzenpolitiker für das Gemeinwohl bestehen. Dies wird offenbar von den meisten Spitzenpolitikern derzeit allerdings völlig ausgeblendet.**